

Erstes Kapitel.

Volkswirtschaftliche Voraussetzungen der Gartenstadtbewegung.

Wohnungsnot hat es wohl schon immer gegeben, aber erst in neuerer Zeit hat sie die allgemeine Aufmerksamkeit von seiten der Volkswirte, der Hygieniker und Künstler, der Behörden, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf sich gelenkt.

Wodurch ist das geschehen?

Sicher zum Teil dadurch, daß wir infolge unserer fortschreitenden Kenntnis der für die Volksgesundheit erforderlichen Lebensbedingungen viele Zustände als unendlich empfinden, an denen wir früher achtlos vorübergegangen wären. Zum andern Teil dadurch, daß diejenigen Bevölkerungsschichten, die unter diesen Mißständen in erster Linie zu leiden haben, infolge der veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an Zahl und Bedeutung gewachsen sind und es immer mehr gelernt haben, ihr Interesse in der Öffentlichkeit zu vertreten. Der wichtigste Grund aber liegt wohl darin, daß die Umwandlung Deutschlands aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat eine ganz andersartige Bevölkerungsverteilung mit sich brachte. Die wachsende Anzahl der Unbemittelten verteilte sich nicht mehr wie bisher einigermaßen gleichmäßig über das Land, sondern ballte sich in den Industriegebieten zu großen Massen zusammen und wurde in schlechten, hastig gebauten Wohnungen untergebracht. Gerade diese Häufung des Wohnungselends erzwang eine größere Berücksichtigung.

Um uns über die Ursachen dieser Häufung des Wohnungselends und über die Mittel zu dessen Beseitigung Klarheit zu verschaffen, wollen wir die erwähnte Neuverteilung der Bevölkerung ein wenig genauer ins Auge fassen. Zunächst ein paar Zahlen: im Deutschen Reich betrug der Prozentanteil am Zuwachs der gesamten Bevölkerung in den Jahren 1867—1900:

für Landorte (bis 2000 Einw.)	1,7
„ Landstädte (2000—5000 Einw.)	12,0
„ Kleinstädte (5000—20 000 Einw.)	19,9
„ Mittelstädte (20 000—100 000 Einw.)	27,1
„ Großstädte (100 000 und mehr Einw.)	39,3

Schon diese Zahlen genügen, um die zunehmende Landflucht und die zunehmende Verstädtlichung der Bevölkerung zu erkennen. Allein von 1895 bis 1900 hat der Osten von Preußen fast eine halbe Million Einwohner eingebüßt, während in dem gleichen Zeitraum der Wanderungsgewinn von Baden 29 800, Sachsen 89 400, Berlin 127 000, Westfalen 178 000, Rheinland 181 600 beträgt. Um das Jahr 1800 gab es nur zwei Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Im Jahre 1850 stieg deren Zahl auf 5, 1871 auf 10 und 1905 sogar auf 41. Bei der nächsten Zählung im Jahre 1910 dürfte die Zahl 50 erreicht sein. Es sind also vor allem die Industriegebiete und größeren Städte, die von dieser Bevölkerungsverschiebung Gewinn haben, und es ist die aufblühende Industrie, die den modernen Menschenansammlungen ihre Größe und ihren Charakter gibt.

Diesen Gang der neuzeitlichen Städteentwicklung mögen uns ein paar Beispiele veranschaulichen, die wir aufs Geratewohl aus der Fülle von Material herausgreifen.

Bis zum Jahre 1895 lagen gegenüber dem freundlichen Schweizerstädtchen Rheinfeldern weite Felder, die zu benachbarten badischen Dörfern gehörten. Da brachte unsere fortschreitende elektrische Industrie die Möglichkeit, die dort vorhandenen Rheinkräfte auszunutzen. Es entstand ein Rheinkraftwerk und im Zusammenhang damit eine Aluminiumfabrik, Kalzium-Karbidwerke, eine Natriumfabrik, eine Seidenfabrik und mehrere kleinere gewerbliche Betriebe, die alle von dem direkten Anschluß an die billige elektrische Kraft zu profitieren wünschten. Im Jahre 1900, also nach Verlauf von nur fünf Jahren ergab die Volkszählung bereits eine Bevölkerungsziffer von 1482 Menschen, die zu der neuen Gemeinde Badisch-Rheinfeldern vereinigt wurden.

Wie sieht nun diese moderne Stadtgründung aus? Der Bebauungsplan ist in einer Vernunftsthe zwischen Reißschiene und Zirkel auf dem Zeichenbrett aus Pflichtgefühl — nicht aus Liebe — gezeugt. Gleichmäßig breite gerade Straßen verwandeln das liebliche Gelände in ein ödes Schachbrett, aus dessen quadratischen Feldern zusammenhanglos einförmige Kleinhäuser, Mietskasernen mit hohen Brandmauern, eine Schule in Renaissanceformen und eine stallähnliche Kirche hervorragt. Schon bald nach Bekanntwerden des Projekts hatte eine gewaltige Spekulation eingesetzt, die in kurzer Zeit die günstiger gelegenen Flächen vom Ackerbauwerte bis zu Preisen von 20 *M* für den Quadratmeter emporsteigen ließ. Zwar

kam dann um das Jahr 1900 eine Grundstückkrise, die vielen kleinen Spekulanten den wirtschaftlichen Ruin brachte, aber die kapitalkräftigeren schlossen sich zusammen, um die Preise hoch zu halten.

Auf jeden, der den Sinn für Kulturwerte nicht völlig verloren hat, muß es einen traurigen Eindruck machen, wenn er aus dem schönen Schweizerstädtchen Rheinfelden über die alte Brücke nach Badisch-Rheinfelden hinübergeht und hier als Denkmal unserer neudeutschen Kultur diese plan- und kulturlose Anhäufung von menschlichen Wohnungen zu Gesicht bekommt. Was hätte hier geschaffen werden können, wenn man an die Gründung dieser modernen Stadt mit den Zielen der Gartenstadtbewegung herangetreten wäre, über die dieses Büchlein noch nähere Auskunft erteilen soll!

Ein anderes Bild:

Bis vor wenig Jahrzehnten lag auf dem Gebiet des jetzigen Gelsenkirchen eine Reihe von mittelgroßen Dörfern. Da begann die Industrie die im Boden liegenden Schätze stark auszubeuten und in gewaltigen Eisenwerken und Walzwerken zu verarbeiten. Ein ganzer Wald von Schornsteinen sproßte aus dem Boden, und als Unterholz, das in einem solchen Wald nie fehlen darf, wuchsen zahllose Arbeiterwohnungen empor. Immer näher rückten die heranwachsenden Dörfer aneinander heran, und als sie zu der Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt wurden, da entstand mit einem Schlage eine Großstadt von rund 150 000 Einwohnern.

Eines der besten Beispiele, um sich die städtebildende Kraft der Industrie zu veranschaulichen, ist wohl Essen.

Wie sehr die Entwicklung dieser Stadt mit dem Aufblühen der Krupp'schen Gußstahlfabrik zusammenhängt, zeigt die folgende Übersicht:

Jahr	Seelenzahl Essens	Krupp'sche Arbeiter	Jahr	Seelenzahl Essens	Krupp'sche Arbeiter
1849	8 813	107	1885	65 074	10 635
1861	20 811	2 082	1900	182 100	25 952
1873	56 396	11 671	1906	239 692	35 124
1875	54 852	9 743			

Das größte Beispiel für die Entwicklung einer Großstadt ist für Deutschland Berlin. In der kurzen Zeit von 1871 bis 1905 hat sich die Bevölkerung von 826 000 auf 2 033 900 vermehrt, und die von Groß-Berlin beträgt schon erheblich mehr als drei Millionen Einwohner. In Berlin können wir auch am besten die zunehmende Citybildung beobachten, die auch in anderen Großstädten vorhanden

ist und darin besteht, daß das Zentrum mehr und mehr für Handel und Gewerbe verwendet und die wohnende Bevölkerung nach der Peripherie abgeschoben wird. Die Entvölkerung der Geschäftsgegenden betrug bis zu 16,6 % und die Zunahme nach der Peripherie zu bis zu 39,1 %, in den Vororten sogar bis zu 46,9 %. Von dieser Bevölkerungsvermehrung in den Vororten geben die folgenden Zahlen eine Vorstellung: Es stieg in dem Zeitraum von 1871—1900 Schöneberg von 4555 auf 96000 Einwohner, Nixdorf in der gleichen Zeit von 8125 auf 90421, Charlottenburg endlich von 19518 auf 189300 Einwohner.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie die Industrie neue Städte schafft (Badisch-Rheinfelden), wie sie Dörfer zu Großstädten entwickelt (Gelsenkirchen), wie sie kleine Städte vergrößert (Essen), und wie sie Großstädte ins Riesenhafte anwachsen läßt (Berlin).

Leider kam die erste Blüte dieser industriellen Entwicklung in eine Zeit, in der man noch alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu müssen glaubte und es deshalb vollständig verabsäumte, durch eine großzügige Boden- und Wohnungspolitik den herbeiströmenden Menschenmassen eine geeignete Unterkunft zu verschaffen.

Was war die Folge davon?

Der starke Zudrang zu den Städten erhöhte die Nachfrage und damit auch den Preis des Bodens, der um so höher gesteigert werden konnte, als seiner intensiven Überbauung mit großen Massenmietshäusern in den seltensten Fällen durch die Bauordnungen genügend scharfe Grenzen gezogen wurden und die hinzuwandernde, meist wirtschaftlich schwache Bevölkerung den kapitalkräftigen Grund- und Hausbesitzern gegenüber ihre Wohnungsbedürfnisse nicht wirksam zu vertreten vermochte.

Diese Preissteigerung des Bodens ermöglicht eine höchst unerfreuliche Bodenspekulation, die wiederum eine weitere Preiserhöhung bewirkt, und die z. B. dahin geführt hat, daß ein beträchtlicher Teil der Grundstücke im Umkreis von Berlin sich im Besitze von 72, im Umkreis von München von ungefähr 20 Terraingesellschaften befindet. Die Bodenpreissteigerungen erreichen oft eine geradezu schwindelnde Höhe. So stieg z. B. ein im Westen Berlins gelegenes 70 ha großes Gelände von 100000 *M* im Jahre 1860 auf 50 Millionen *M* im Jahre 1898. Der Schätzungswert der Grundfläche von Charlottenburg stieg von 6 Millionen im Jahre 1865 auf 300 Millionen *M* im Jahre 1897.

Auch in mittleren und kleinen Städten machen sich ähnliche Preistreiberien bemerkbar. So wurde der Bodenpreis für den Quadratmeter Baugelände in Gießen von 0,50 *M* in nur 10 Jahren auf 22 *M* gehoben.

Die müste Bodenspekulation wird durch die Organisation unseres Realcredits, durch die bedenkliche Leichtigkeit, mit der auch recht zweifelhafte Bodenwerte beliehen werden, erleichtert. Wird doch die Summe der städtischen Hypothekenschulden auf die Summe von 50 Milliarden geschätzt!

In welchem Maße die Möglichkeit intensiver Überbauung im Interesse der Bodenpreissteigerung ausgenutzt wird, ergibt sich aus den nachstehenden Zahlen. Bereits im Jahre 1900 kamen auf ein Haus in Hamburg 23,32, in München 28,89, Breslau 40,70, Berlin 50,07 Einwohner. Und diese Zahlen sind bis zum Jahre 1905 ganz beträchtlich, bei Berlin auf 77 gestiegen.

Man komme nicht mit der Phrase von der Unentbehrlichkeit der Mietskaserne für die Unterbringung weiter Bevölkerungsschichten, sondern vergleiche mit den eben angeführten die nachstehenden Zahlen einiger englischer Großstädte. Im Jahre 1891 betrug die Behausungsziffer in London 7,6, in Liverpool 5,7, Manchester und Birmingham 5, Leeds und Bradford 4,7 Einwohner. Daß auch in deutschen Großstädten sich das Kleinhaus noch behaupten kann, zeigt Bremen, wo noch 1900 auf das Haus 7 Einwohner kamen.

Wenn man sich also auch da, wo der Bodenpreis infolge der erwähnten Umstände sehr gestiegen ist, das hohe Mietshaus nicht plötzlich verbieten kann, ohne den Besitzern große Verluste zuzufügen, so sollte man doch auf einigermaßen billigem Gelände mit allen zu Gebote stehenden Mitteln das Massenmietshaus bekämpfen und eine weiträumige, flache Bauweise anstreben.

Die Behauptung der Verteidiger der Mietskaserne, daß durch sie eine Verbilligung des Wohnens erzielt werde, wird durch die Erfahrung widerlegt, die da zeigt, daß die Mietpreise in Städten des Westens, in denen das mittlere und kleine Haus vorherrscht, beträchtlich niedriger sind als in den Städten, in denen die Mietskaserne zur Herrschaft gekommen ist. Im gelobten Land der Mietskaserne, in Berlin zahlen nach den Berechnungen des Fabrikanten Freese seine Angestellten von 11,82—46,01 % ihres Einkommens für Miete, im Durchschnitt 21,83 %. Der Durchschnittspreis einer Einzimmerwohnung (ohne Küche) beträgt 175 *M*. Zweiräumige Wohnungen kosten 300—375 *M*, dreiräumige von 375—500 *M* sind also für einen Arbeiter unerschwinglich.

Bei diesen Preisen nimmt es uns nicht wunder, wenn nach der Zählung von 1900 allein in Berlin nicht weniger als 67 633 Personen in einräumigen, 629 696 in zweiräumigen und 607 736 in dreiräumigen Wohnungen zusammengedrängt waren. Aber selbst diese für die Familienmitglieder meist unzulänglichen Räume müssen mit Schlafgängern geteilt werden, die in nicht weniger als 61 765 Haushaltungen Aufnahme fanden. In einräumigen Wohnungen befanden sich bis zu 10 Schlafleuten. Es ist ein ergreifendes Bild wirtschaftlicher Not und hygienischer und sittlicher Gefährdung größerer Bevölkerungskreise, das aus diesen Zahlen zu uns spricht und jeden fühlenden Menschen zur Mithilfe bei der Beseitigung derartiger Zustände anspornen sollte. Denn leider sind ja derartige Wohnungsverhältnisse nicht auf Berlin beschränkt. Fast in allen Großstädten, in denen Wohnungsuntersuchungen angestellt wurden, in Augsburg und Metz, in München und Halle, in Hamburg und Posen wurde ein ähnliches Wohnungselend gefunden.

Wenn im allgemeinen nur von den schlechten Wohnungsverhältnissen der Arbeiter gesprochen wird, so geschieht dies deshalb, weil sie im allgemeinen am schlimmsten darunter zu leiden haben. Wie jedoch aus einer dem Reichstag im März 1907 vorgelegten Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der Privatangestellten hervorgeht, wird die Hälfte der fast sämtlich in Großstädten beschäftigten Angestellten nicht höher, vielfach sogar niedriger entlohnt als großstädtische gewerbliche Arbeiter. Auch für diese Kreise bis weit hinein in den vermögenden Mittelstand existiert eine Wohnungsfrage. Auch sie müssen sich für ihr sauer erworbenes Geld in Mietskasernen einpferchen lassen, sie müssen auf den Genuß eines eigenen Gartens und auf Spielplätze für ihre Kinder verzichten und alle die schlimmen Folgen einer falsch gerichteten Städteentwicklung über sich ergehen lassen. Gerade in diesen Kreisen der Gebildeten ist die Spannung zwischen dem durch die Kultur des Bewohners gerechtfertigten Wohnungsbedürfnis und seiner Befriedigung oft ebenso groß oder größer als beim besser-situierten Arbeiter.

Man sollte deshalb die Wohnungsreform nicht mehr so ausschließlich, wie es bisher geschah, als eine Arbeiterfrage auffassen, sondern als eine Angelegenheit, an der der weitaus größte Teil unserer städtischen Bevölkerung ein Lebensinteresse hat. Sind doch in Berlin 95 % der Gesamtbevölkerung auf Mietwohnungen angewiesen!

Das Vorhandensein dieser allgemeinen Wohnungsnot hat natürlich

die Öffentlichkeit mehr und mehr beschäftigt und ist vielfach selbst von den Grund- und Hausbesitzern zugegeben worden. In den letzten Jahrzehnten haben sich ganze Berge von Literatur darüber angehäuft, und zahlreiche Vorschläge zu ihrer Beseitigung sind gemacht worden. Es würde uns zu weit führen, wollten wir auf die Frage der Wohnungsreform näher eingehen, die überdies in einem andern Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ eine entsprechende Würdigung findet.

Wir müssen uns hier darauf beschränken, in aller Kürze diejenigen Vorschläge zu erörtern, die mit unserem Thema, der Gartenstadt-bewegung, in engem Zusammenhang stehen.

Beginnen wir mit dem Vorschlage, der auf eine planmäßige Stadterweiterung und Ansiedelungsweise hinzielt! Die Nachteile einer willkürlichen Bauweise, die nur das eigene Interesse, nicht das der Gesamtheit berücksichtigt, haben sich so stark fühlbar gemacht, daß die Wahrung der öffentlichen Interessen durch Aufstellung zweckentsprechender Bebauungspläne und Bauordnungen¹⁾ bei uns in Deutschland ziemlich allgemein anerkannt ist. Deutsche Baumeister haben auf dem Gebiet des Städtebaus Vorbildliches geleistet, und für eine ganze Reihe von Städten sind großzügige Stadterweiterungsprojekte ausgearbeitet worden.

Auch auf dem Gebiete der Bauordnungen sind gute Fortschritte gemacht, wie sich das besonders in der neuen sächsischen und badischen Landesbauordnung zeigt. Doch sind die lokalen Bauordnungen noch immer viel zu sehr auf das Massenmietshaus zugeschnitten, und es wäre dringend erwünscht, daß die oft übertriebenen baulichen Anforderungen, die an Mauerstärken, Treppenbreiten, Zimmerhöhen u. dgl. beim Kleinhaus, d. h. beim Ein- und Zweifamilienhaus, gestellt werden, erheblich herabgemindert würden. Des weiteren sollte durch die Anlage schmaler und leicht gebauter Wohnstraßen die für den Kleinhausbau verhängnisvolle Bodenverteuerung hintangehalten werden.

Zur Forderung der Planmäßigkeit tritt in neuerer Zeit noch die Forderung großer baufreier Zonen, die den Bewohnern der anwachsenden Großstädte wenigstens ein Stück Natur in der Nähe retten und dem Vordringen des Häusermeeres einen grünen Damm entgegensetzen sollen. In amerikanischen Städten hat man vielfach mit hohen

1) Vgl. die vortreffliche Schrift: „Neue Aufgaben in der Bauordnungs- und Ansiedlungsfrage“. Eine Eingabe des Deutschen Vereins für Wohnungsreform. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1906.

Kosten große Parksysteme angelegt. In Adelaide (Abb. 2) sind die beiden Stadthälften durch große Parks getrennt. Die Stadt Wien schafft sich gegenwärtig einen mächtigen Wald- und Wiesengürtel, der eine Bodenfläche von rund 4400 ha bedecken wird, und hat dafür die Summe von 50 Millionen Kronen ausgeworfen. Auch für Berlin sind durch den

„Verein Berliner Architekten“ und den „Architektenverein zu Berlin“ ähnliche Maßnahmen angeregt worden, und schon werden die Vorbereitungen zu dem Entwurf eines Gesamtbebauungsplanes für Groß-Berlin getroffen.

Durch Bauungspläne und Bauordnungen kann jedoch der Wohnungsnot nur dann wirksam entgegengearbeitet werden, wenn mit diesen Maßnahmen eine zielbewußte Boden- und Wohnungspolitik verbunden wird.

Die Grundlage hierfür bildet ein

möglichst umfangreicher Gemeindebesitz. Nachdem unter dem Einfluß der individualistischen Wohnungspolitik bis in die 70er Jahre hinein der reiche Bodenbesitz der Gemeinden verschleudert worden ist, hat man in neuerer Zeit die Bedeutung dieses Gemeindebesitzes erkannt und ist an vielen Orten bemüht, ihn planmäßig zu vergrößern. Fortgeschrittene Städte wie Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Mannheim besitzen be-

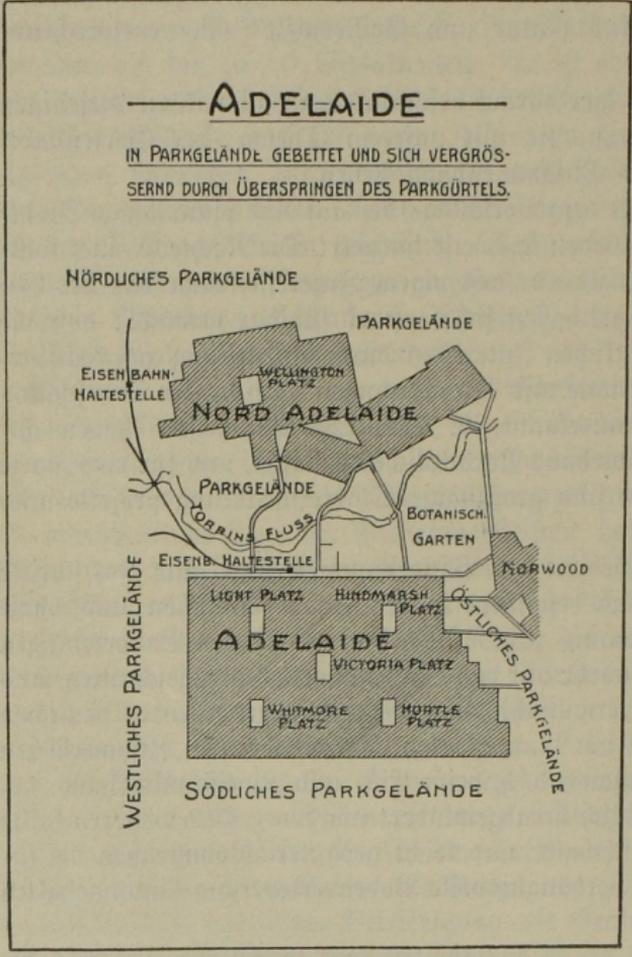


Abb. 2. Plan von Adelaide.

reits mehr als ein Drittel bis zur Hälfte, Ulm sogar drei Viertel des ganzen Gemeindegebietes. Auf diese Weise haben die betreffenden Städte stets das für ihre öffentlichen Bauten und sonstigen Zwecke erforderliche Gelände zur Verfügung und sichern sich auch einen wirksamen Einfluß auf den Boden- und Wohnungsmarkt.

Bei der Abgabe dieses städtischen Geländes werden in neuerer Zeit vielfach Rechtsformen wie das Erbbaurecht (Frankfurt a. M.) und Wiederkaufsrecht (Ulm) angewendet, die eine spekulative Verteuerung der Bodenpreise verhindern und den Wertzuwachs der Gemeinde sichern. Bisweilen werden an die Abgabe auch Bedingungen geknüpft, die eine zu starke Ausnutzung des Geländes verhindern und der Stadt eine Kontrolle über die künstlerische Gestaltung der Häuser sichern.

Mehr und mehr gehen die Städte ferner dazu über, die Wohnungsnot dadurch zu bekämpfen, daß sie in eigener Regie Kleinwohnungen erstellen und sie an ihre Angestellten oder auch andere Wohnungsbedürftige zu billigen Preisen abgeben. Oder aber sie unterstützen die Bautätigkeit gemeinnütziger Bauvereine durch die billige Überlassung von Baugelände, durch Kreditgewährung, Erlassung der Anliegerbeiträge und sonstige Maßnahmen.

Einen Einfluß auf die Wohnungspolitik vermögen auch die Steuern nach dem gemeinen Wert und die Wertzuwachssteuer auszuüben, die — allerdings aus finanzpolitischen Gründen — von einer wachsenden Zahl von Gemeinden eingeführt werden, wofern der Ertrag — wie z. B. in Frankfurt a. M. — zur Verstärkung des Stadterweiterungsfonds, also im Sinne der Wohnungspolitik verwendet wird.

Wie wir sahen, ist die Planmäßigkeit der städtischen Überbauung und die Schaffung eines haufreien Gürtels, die Erweiterung des Gemeindebesitzes an Grund und Boden und seine Verwendung unter den Maßnahmen, die die Spekulation verhindern und den Wertzuwachs der Gemeinde sichern, schließlich die Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung als nötig erkannt und als nützlich erprobt worden. Wenden wir nun diese Maßnahmen nicht auf dem teuren Boden der bestehenden Städte, sondern auf dem billigen Gelände der Vorstädte und neuentstehender Siedelungen an, so kommen wir zu ganz neuen Gebilden, zu Gartenstädten und Gartenvorstädten, deren Wesen in der Satzung der „Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft“ folgendermaßen gekennzeichnet wird:

„Eine Gartenstadt ist eine planmäßig gestaltete Siedelung auf wohlfeilem Gelände, das dauernd im Obereigentum der Gemeinschaft erhalten wird, derart, daß jede Spekulation mit dem Grund und Boden dauernd unmöglich ist. Sie ist ein neuer Stadttypus, der eine durchgreifende Wohnungsreform ermöglicht, für Industrie und Handwerk vorteilhafte Produktionsbedingungen gewährleistet und einen großen Teil seines Gebietes dauernd dem Garten- und Ackerbau sichert.“

Die Gartenstadtbewegung erscheint somit als das folgerichtige Ergebnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung und der durch sie bedingten Wohnungs- und Bodenpolitik.

Wie wir uns die Verwirklichung des Gartenstadtgedankens im einzelnen zu denken haben, werden uns besser als lange theoretische Darlegungen die nachstehenden Mitteilungen über die bisherige Entwicklung der Gartenstadtbewegung zeigen.

Zweites Kapitel.

Die Geschichte der Gartenstadtbewegung.

1. Die Gartenstadtbewegung in England.

Wie wir sahen, ist die Gartenstadtbewegung die natürliche Reaktion gegen die Mißstände in der städtischen Entwicklung, die der wirtschaftliche Aufschwung des vergangenen Jahrhunderts mit sich brachte. Es wird uns deshalb nicht wundernehmen, wenn die gleichen Leiden in verschiedenen Menschen nahezu gleichzeitig den Gedanken an das gleiche Heilmittel entstehen ließen. Im Jahre 1896 ließ Theodor Fritsch, Leipzig, unter dem Titel „Die Stadt der Zukunft“ eine Schrift erscheinen, in der zum ersten Male der Gartenstadtgedanke in seiner gegenwärtigen Form erörtert wurde. Wie wir noch sehen werden, führte das Buch zu keinen praktischen Erfolgen. Von einer eigentlichen Gartenstadtbewegung kann man deshalb erst seit dem Erscheinen des Buches von Ebenezer Howard „To morrow“¹⁾ sprechen, der unabhängig von Fritsch zwei Jahre später, also vor nunmehr genau zehn Jahren, mit seinen Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat. Diese

1) Eine gute Übersetzung von Frau Maria Wallroth-Unterlip ist bei Eugen Diederichs in Jena erschienen, mit einem Vorwort von Franz Oppenheimer und einem Nachwort von Bernhard Kampffmeyer. Eine kurze Wiedergabe enthält die Flugschrift der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, „Die Vermählung von Stadt und Land“.